

türkei infodienst

Nr. 8

13.7.1981

DM 1,-

WIRTSCHAFT

Cumhuriyet, 27.6.81
1208 Gesellschaften liquidiert

Während in den ersten fünf Monaten des Jahres 1981 1208 Gesellschaften liquidiert wurden, wurden 3310 neue Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 16 Milliarden 514 Millionen Lira gegründet. In diesem Zeitraum erhöhten 770 Gesellschaften ihr Kapital um 27 Milliarden 654 Millionen Lira. Nach den Angaben der Planforschungsgruppe der Vereinigung der Wirtschaftskammern der Türkei zeigte sich in der Periode Januar bis Mai 1981 bei den Gesellschaften, die liquidiert wurden, verglichen mit der entsprechenden Periode des Vorjahres, eine Zunahme von 136 Prozent. Bei den neugegründeten Gesellschaften ergab sich eine Abnahme von 21,5 Prozent. Während in den ersten fünf Monaten des Vorjahres 4217 Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 9 Milliarden 330 Millionen Lira neu gegründet wurden, wurden 512 Gesellschaften liquidiert.

Cumhuriyet, 3.7.81
In der Industrie blieb der Lohnanteil unter den Zinsen
(*Sinngemäß von uns zusammengefaßt, tid*)

Auf der Versammlung unter dem Thema: "Der 1. Juli und das Bankwesen" wurde betont, daß die Zinspolitik in nächster Zeit nicht aufgegeben werde. Es wurde betont, daß der 1. Juli direkt mit den Beschlüssen vom 24. Januar zusammenhinge und das Bankwesen in der Türkei sich nicht durch eigene Dynamik, sondern durch fremden Einfluß entwickelt habe.

Auf der Versammlung sprach der Vorsitzende der Anadolu Bankasi, Dr. Erhan Isil:
"Die Beschlüsse vom 24. Januar widersprechen dem Grundgesetz. Denn unsere Verfassung bindet die Entwicklung an eine Planwirtschaft, die Beschlüsse vom 24. Januar jedoch an die freie Marktwirtschaft."

Im folgenden machte Herr Isil auf weitere Punkte aufmerksam.

- Der Zinswettbewerb hat zu Beschwerden vieler Investoren geführt.
- Im Jahre 1980 wurde in den ersten vier Monaten von insgesamt 1111 Gründungsbescheinigungen 724 an LKWs ausgegeben. Zum ersten Mal in unserem Land scheint es ein Entwicklungsmodell zu geben, das sich auf LKWs stützt.
- Bei vielen Industrieanlagen ist der Anteil des Arbeiterlohnes niedriger als die zu zahlenden Zinsen. Dies ist meines Erachtens eine sehr bedenkliche Situation.

Hürriyet, 4.7.81
Staatsgestützte Investitionen werden bevorzugt
(*Sinngemäß von uns zusammengefaßt, tid*)

Auf einem zwei Tage dauernden Symposium der Staats-

wirtschafts- und Arbeiterinvestitionsbank (DESIYAB) äußerten sich verschiedene Experten zu dem Problem der Investitionen von im Ausland beschäftigten Arbeitern. In der Vergangenheit hatten die Arbeitergesellschaften nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es wurde die Überzeugung laut, daß der Staat die Investitionsbereiche zeigen und zu Investitionen Anreize geben sollte. Es hieß, daß Kredite nur an vorbildliche Projekte vergeben werden sollen.

Der Generaldirektor von DESIYAB, Mete Göknel, kritisierte die Kreditvergabe der letzten Jahre, die nur an Projekte mit einer fortgeschrittenen Technologie vergeben worden seien und forderte, daß auch Klein- und Kleinstinvestoren eine Gelegenheit zu Investitionen gegeben werden sollte. So hoffte er, daß die Arbeiter im Ausland zum Beispiel auch in die Seefahrt und in touristische Projekte investieren würden.

Cumhuriyet, 1.7.81
Bausektor wandert aus
(*Sinngemäß von uns zusammengefaßt, tid*)

Nachdem im Bauwesen die Auftragslage im Inland derartig nachließ, haben viele Bauunternehmer versucht, Aufträge im Ausland zu bekommen. Auf der anderen Seite versuchen die Produzenten von Glühbirnen jetzt entweder durch Verbilligung ihre Lager zu leeren, oder aber ins Ausland zu verkaufen. Das Gleiche gilt für die Produzenten von sanitären Anlagen.

Die Vertreter von zwei großen Firmen dementierten zwar eine Absicht, die Preise zu senken, der Vertreter von E.C.A. sagte aber, daß sie Verträge über 15 Millionen Dollar im Außenhandel abgeschlossen hätten.

Hürriyet, 26.6.81
Eine türkische Firma hat in Lybien einen Auftrag über 8 Milliarden erhalten

Die Tokas-Baugesellschaft hat in Lybien einen Bauauftrag in Höhe von 80 Millionen Dollar (annähernd 8 Milliarden Lira) erhalten. Es wurde mitgeteilt, daß die Tokas, die schon früher in verschiedenen Siedlungsgebieten Lybiens diverse Bauarbeiten ausführte, dort Installationsarbeiten durchführen, Wohnhäuser, Moscheen und Basare bauen wird...

Hürriyet, 2.7.81
Eine Firma, die einen 500 Millionen Dollar Auftrag erhielt, schickt 4000 Arbeiter nach Mekka

...Der Inhaber der Firma, die in Saudi-Arabien in der Stadt Mekka 2592 Villen bauen wird, kam gestern nach Istanbul. Yilmaz Soyak sagte in einer Erklärung auf dem Yesilköy-Flughafen: "Bis zum heutigen Tage überstiegen die Aufträge, die türkische Firmen erhielten, nicht die 50 Mio. Dollar-Grenze. Dieser Auftrag jedoch beträgt 500 Millionen Dollar. Um die Auftragserteilung bewarben sich eine ägyptische, eine pakista-

nische und drei saudiarabische Firmen, aber wir haben ihn erhalten. Wir werden unter Federführung des saudiarabischen Siedlungsministeriums Villen sowie deren Installationen und Kanalisationen erstellen. Auf den Auftrag, der 1 Milliarde 672 Millionen saudiarabische Rial umfaßt, sind wir gut vorbereitet. Seit drei Monaten bereiten wir uns mit 30 Ingenieuren vor. Für die Bauvorhaben haben wir auch ein neues technisches System entwickelt.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Tercüman, 28.6.81

Wieder einmal ein ausländischer Naseweis: Der Generalsekretär der ICFTU, Otto Kersten schickte ein Telegramm mit der Forderung: "Der DISK-Prozeß soll gestoppt werden"

Trotz der absolut eindeutigen Erklärung des Staatsvorsitzenden Kenan Evren in Amasya, daß wir uns niemals dem Druck Europas beugen werden und daß dieser "Bevormundungswille" der Europäer sogar auf manche geplante Maßnahme - wie die Verkürzung der 90-tägigen Untersuchungshaft - sich vielmehr negativ auswirkt, setzen einige internationale Organisationen und ihre Vertreter ihre Unverschämtheit unbekümmert fort. Als letztes wurde in Brüssel bekanntgegeben, daß der Generalsekretär der Föderation der Internationalen Freien Gewerkschaften ICFTU, Otto Kersten, mit einem Telegramm an den Staatsvorsitzenden Evren die Einstellung des DISK-Prozesses gefordert hat, bei dem für 52 DISK-Vorsitzende die Todesstrafe beantragt ist. (...)

Tercüman, 2.7.81

Denizciler wird den Weltgewerkschaftern über die "Türkei heute" berichten

Die jährliche Konferenz der "Internationalen Konföderation Freier Gewerkschaften" hat in Kopenhagen begonnen. An der Konferenz nehmen der Türk-Is Vorsitzende Ibrahim Denizciler, Sekretär Devis Albayrak und der Berater Kutay Aksel teil. Es wurde mitgeteilt, daß Denizciler auf der Konferenz über die jetzige Situation und Entwicklung in der Türkei berichten werde. Der Türk-Is Vorsitzende Ibrahim Denizciler und die türkische Delegation werden außerdem Fragen zum Thema der gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Türkei beantworten.

Tercüman, 4.7.81

Denizciler verließ die Konferenz des Weltgewerkschaftsbundes!

Auf der ordentlichen Tagung des Exekutivausschusses der "Internationalen Konföderation Freier Gewerkschaften", die seit einiger Zeit in Kopenhagen läuft, wurde beschlossen, die Mitgliedschaft der Türk-Is einzufrieren; der Generalsekretär der Türk-Is Sadik Side, solle sich entscheiden zwischen dem Ministerposten und der Tätigkeit als Generalsekretär...

... Denizciler berichtete als erster Sprecher über die letzten Entwicklungen in unserem Land und erinnerte daran, daß der Beschluß des Gesetzes über die verfassungsgebende Versammlung ein wichtiger Schritt für den Übergang zur Demokratie sei. Denizciler, der die Bemühungen der Türk-Is auf dem Gebiet der Rechte und Vorteile für alle Arbeitenden darstellte, wies darauf hin, daß von seiten der Oberen Schiedsstelle ein Teil der Tarifabkommen abgeschlossen worden sei, und daß bis zum Monatsende alle Abkommen abgeschlossen sein würden. Er teilte mit, daß die Türk-Is bei allen Unternehmungen

und Tätigkeiten immer darauf aus sei, die Rückkehr zur Demokratie zu vereinfachen. Denizciler machte darauf aufmerksam, daß es nötig sei, daß der WGB der Türk-Is Hilfestellung leiste.

Auf einer Versammlung am Nachmittag erklärte der WGB Generalsekretär Otto Kersten auf einer Pressekonferenz, daß die Mitgliedschaft der Türk-Is eingefroren worden sei. Kersten sagte hierzu: "Unsere Satzung sieht dieses vor. Ich bedaure, daß wir nicht von unseren Prinzipien abweichen können. Ich glaube, daß man in der Türkei zur Demokratie zurückkehren wird. Da sind wir sicher. Dann werden alle Rechte der Türk-Is wie sie jetzt bestehen, wieder eingesetzt. Am 15. August werden wir wieder tagen und die Lage noch einmal begutachten. Auch die Situation von Sadi Side widerspricht unserer Satzung. Die Tätigkeit bei der Türk-Is und der Posten des Sozialministers können nicht zur gleichen Zeit ausgeführt werden. Deshalb brechen wir die Verbindung unserer Konföderation zu Sadik Side ab."...

... Der Generalvorsitzende der Türk-Is, Ibrahim Denizciler, verließ zusammen mit dem Vorsitzenden der zypriotischen Vereinigung der Arbeiter-Gewerkschaften, Necati Taskin, die Versammlung.

Tercüman, 5.7.81

Europas Sozialisten einigen sich in puncto Türkei (Von uns sinngemäß zusammengefaßt. tid)

Wie aus Brüssel bekannt wurde, hat der Vorsitzende der sozialistischen Gruppen im Europaparlament, Ernest Glinne, die Vertreter der sozialistischen Parteien zusammengeholt. Am Ende der Sitzung wurde ein Kommuniqué verabschiedet, in dem auf die Gründung des Beratergremiums und die Verfahren gegen Gewerkschafter eingegangen wird. Viele Abgeordnete sollen eine flexiblere Haltung gegenüber der Türkei empfohlen haben. Gleichzeitig hieß es aber, daß mit der Auszahlung der Hilfe noch gewartet werden sollte. Allgemein wurde betont, daß sich die Sozialisten auf ein einheitliches Verhalten der Türkei gegenüber geeinigt hätten.

Tercüman, 2.7.81

Zwei Delegationen des Europarats in der Türkei (Von uns sinngemäß zusammengefaßt. tid)

In den Ausschüssen des Europarates wurde über die Entsendung von Kommissionen in die Türkei beraten. Der politische und juristische Ausschuß wollen jeweils im September Kommissionen in die Türkei schicken. Auch über die personelle Besetzung wurde beraten. Man nimmt an, daß die Delegation des politischen Ausschusses 10, die des juristischen Ausschusses 6 Personen umfassen wird.

Hürriyet, 4.7.81

Hafferkamp begrüßt neues Gesetz (Von uns sinngemäß zusammengefaßt. tid)

Der stellvertretende Vorsitzende des Gemeinsamen Marktes, Hafferkamp, sagte bei einem Empfang der Delegation von TÜSTAD (Verein der türkischen Industriellen und Unternehmer):

"Wir haben das Gesetz zur konstituierenden Versammlung begrüßt. Wir betrachten es als Anfang der Demokratisierung. Diese Verlautbarungen werden auch im Europaparlament ihre Wirkung haben."

Neben Hafferkamp nahmen auch noch Emile Noel und Pierre Duchateau an der Besprechung teil.

Cumhuriyet, 7.7.81

Die Deutschen wollen in der Türkei investieren, in die islamischen Länder verkaufen

(*Sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid*)

Am 18. Juli wird eine fünfköpfige Delegation von Mitgliedern der Universitäten und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Einladung der Ständevereinigung in die Türkei kommen. Die Gespräche werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Wie zu erfahren war, kommen die Deutschen mit einem vom üblichen Investitionsverfahren abweichenden Vorschlag. Demzufolge werden sie bei gemeinsamen Investitionen das gesamte Kapital aufbringen und eine Zahlung der Türkei durch bestimmte Bodenschätze erwarten. Als Beispiel hierfür führen sie die Vereinbarung mit der Sowjetunion über Erdgas an.

Die zweite Besonderheit ist, daß die Produkte nicht auf dem westdeutschen, sondern dem Markt der islamischen Länder verkauft werden sollen. Die Deutschen teilten mit, daß es hierzu schon ein Modell gäbe. So sei die der Eczacibasi-Holding angeschlossene Padeko der Mittelost-Vertreter der Henschel-Gesellschaft. In gleicher Form solle es zwischen Eczacibasi und dem deutschen Thyssenwerk zu einer Art 'joint-venture' kommen.

Cumhuriyet, 7.7.81

Bericht der Städtevereinigung wurde vorgelegt

(*Von uns sinngemäß zusammengefaßt. tid*)

Nachdem eine Delegation der türkischen Ständevereinigung im Mai dieses Jahres die Bundesrepublik besucht hatte, legten sie jetzt einen Bericht hierüber vor. Darin hieß es:

"In den Gesprächen mit dem deutschen Arbeitgeberverband wurde Übereinstimmung dahingehend erzielt, daß die türkischen Jugendlichen als Arbeitskräfte dem deutschen Markt zur Verfügung stehen, wenn es gelingt, sie in die deutsche Gesellschaft einzugliedern. Die Gespräche zwischen den beiden Einrichtungen sollen jedes Jahr wiederholt werden.

- Beide Länder sind aufgrund ihrer geopolitischen Lage gezwungen, eine feste Freundschaft und Solidarität einzugehen.

- Eine Zusammenarbeit in Richtung auf den Nahen Osten und Nordafrika ist für beide Länder von Vorteil."

"DEMOKRATISIERUNG"

Cumhuriyet, 27.6.81

Protest gegen die Oberste Schiedsstelle

(*Sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid*)

Der Präsident von Tez Büro-Is (Mitglied von Türk-Is), Ugur Batmaz, betonte auf einer Präsidialkonferenz, daß die Oberste Schiedsstelle (YHK) nicht zur Zufriedenheit arbeite. Entweder seien die Tarifabschlüsse weit unter dem erwarteten Niveau, oder es seien außerdem viele offenstehende Tarife noch gar nicht in Angriff genommen worden. Weiter führte er aus:

"Die Bewegung des demokratischen Gewerkschaftswesens befindet sich seit fast zwei Jahren in einer großen Krise wegen rechtlicher Beschränkungen. Die Ursachen für die Unruhe, daß es für 650.000 Arbeiter keine Tarifabschlüsse gegeben hat, konnten nicht beseitigt werden. Die nach dem 12. September eingerichtete oberste Schiedsstelle hat den Gewerkschaften ihre Verhandlungsbefugnisse abgenommen, aber nicht in dem erwarteten Umfang gearbeitet."

Tercüman, 1.7.81

Das Gesetz der Konstituierenden Versammlung wurde veröffentlicht

(...) Das Gesetz über die konstituierende Versammlung mit der Gesetzesnummer 2485 und Zustimmungsdatum 29.6.1981: "(...) Art. 1 : **Aufbau der Konstituierenden Versammlung**

1. Die konstituierende Versammlung besteht aus dem Nationalen Sicherheitsrat (NSR) und dem Beratungsrat, dessen Gründung, Pflichten und Ermächtigungen in diesem Gesetz genannt werden.

2. Bei den Angelegenheiten, die die Artikel dieses Gesetzes nicht betreffen, erfüllt der Nationale Sicherheitsrat die Pflichten des Parlaments und des Senats und macht ebenso von deren Ermächtigungen Gebrauch.

Art. 2: Die Aufgaben der konstituierenden Versammlung

a. Die Vorbereitung der neuen Verfassung und des Gesetzes über die Abstimmung der neuen Verfassung durch das Volk,

b. Die Vorbereitung des Gesetzes über die politischen Parteien, das nach Inkrafttreten der neuen Verfassung durch die Volksabstimmung auch in Kraft treten wird.

c. Die Vorbereitung des Wahlgesetzes, wobei die Artikel der neuen Verfassung und des Gesetzes über die politischen Parteien berücksichtigt werden,

d. die Erfüllung der Pflichten: Gesetzgebung, -änderung, -aufhebung, bis durch die Generalwahlen, deren Datum noch durch NSR festgelegt wird, das neue Parlament gegründet wird und tatsächlich in Aktion tritt.

Art. 3: Der Beratungsrat - sein Aufbau

Der Beratungsrat besteht aus 160 Mitgliedern, von denen 120 durch den NSR unter den Kandidaten, die nach den unten genannten Bestimmungen durch die Städte festgestellt und gewählt werden. Die weiteren 40 Mitglieder wird der NSR durch direkte Ernennung bestimmen.

Art. 4 : Die Bedingungen für eine Mitgliedschaft

1. Um in den Beratungsrat gewählt zu werden, müssen die Kandidaten folgende Bedingungen erfüllen: Sie müssen

a) türkischer Bürger sein,

b) das 30. Lebensjahr vollendet haben,

c) ein Hochschulstudium absolviert haben,

d) das Recht auf ein Amt im Öffentlichen Dienst darf nicht verwirkt oder eingeschränkt sein,

e) den Wehrdienst absolviert und die anschließende 'Ersatzzeit' erfüllt haben, oder nicht zum Wehrdienst verpflichtet sein,

f) wegen Straftaten wie Fälschen, Raub, Diebstahl, Bestechung, Schmuggel, gefälschte Konkurerklärungen oder Steuerbetrug, Mißbrauch des Glaubens u.ä. nicht verurteilt sein. Sie dürfen nicht mehr als ein Jahr im Gefängnis gewesen sein,

g) sie dürfen kein Mitglied irgendeiner politischen Partei am 11.9.1980 gewesen sein.

2. Bei denjenigen, die durch den NSR in den Beratungsrat direkt ernannt werden, wird die Bedingung "Hochschulstudium absolviert" nicht verlangt.

Das Gesetz der konstituierenden Versammlung besteht aus insgesamt 33 Artikeln. Wir führen unten jeweils die Zusammenfassung der weiteren Artikel ab Nr. 5 auf.

"Die Kandidaten aus den Städten müssen die Grund-, Mittelschule oder das Gymnasium in dieser Stadt ab-

geschlossen haben. Oder sie müssen in der betreffenden Stadt mit Unterbrechungen 5, oder ununterbrochen 3 Jahre wohnhaft gewesen sein.

- Unter diesen Kandidaten wird der NSR die Mitglieder des Beratungsrats wählen.

- Diejenigen, die durch den NSR direkt in den Beratungsrat ernannt werden wollen, müssen einen schriftlichen Antrag bei dem NSR stellen.

- Wenn eine Stelle eines Mitglieds aus irgendeinem Grund nicht besetzt bleibt, wird für diese Stelle durch den NSR ein Mitglied ernannt.

- Falls die Mitglieder in den staatlichen Institutionen tätig sind, werden sie ohne Bezahlung davon beurlaubt, danach haben sie wieder Anspruch auf ihre alte Stelle.

- Die Mitglieder des Beratungsrates können weder wegen ihrer Erklärungen, noch wegen ihrer Stimmabgabe verantwortlich gemacht werden. Sie sind nur an ihren Eid und ihr Gewissen gebunden.

- Die Mitglieder des Beratungsrates können ohne Beschluß der Mehrheit der Mitglieder nicht als Angeklagte behandelt, verhört oder verhaftet werden, gegen sie kann nicht prozessiert werden. Die schweren Straftaten bilden da eine Ausnahme. In solchen Fällen müssen die zuständigen Behörden den Vorstand des Beratungsrates davon unterrichten.

- Die Strafe, die vor oder nach der Wahl eines Mitgliedes über es verhängt wird, kann erst nach Beendigung der juristischen Existenz des Beratungsrates vollstreckt werden.

- Die Mitglieder des Beratungsrates können - neben ihrer Aufgabe in den Kommissionen des Rats - weiterhin auch ihre beruflichen Aktivitäten ausüben, solange dies ihre Arbeit im Rat nicht behindert oder verletzt.

- Die Mitglieder des Beratungsrates können in den staatlichen Institutionen oder Organisationen, sowie in von diesen abhängigen Organisationen und Institutionen nicht tätig sein: sie dürfen sich nicht in die Beziehungen zwischen den staatlichen und privaten Organen einmischen.

- Den Mitgliedern des Beratungsrates wird Gehalt des 1. Ranges der staatlichen Bediensteten und 100% des Gehalts als Gehaltszulage gezahlt.

- Dieses Gehalt zieht nicht die Einstellung anderer sozialer Einkünfte (Rente u.ä.) nach sich.

- Die Mitglieder des Beratungsrates haben dieselben sozialen Rechte wie die Abgeordneten des Parlaments.

- Die durch die Regierung vorgelegten Gesetzesvorlagen werden zuerst in den zuständigen Kommissionen diskutiert und behandelt und dann auf der Generalversammlung besprochen und abgestimmt. Die unverändert abgestimmten oder veränderten Gesetze werden dann an den NSR weitergeleitet.

- Der NSR kann den Gesetzesvorschlägen oder -vorlagen entweder unverändert oder verändert zustimmen oder sie ablehnen. Die durch den NSR verabschiedeten Gesetzesvorlagen werden im Amtsblatt veröffentlicht und damit in Kraft treten.

- Die durch den NSR beschlossene Verfassung wird zur Volksabstimmung gestellt.

- Durch die Zustimmung des Volkes wird die neue Verfassung in Kraft treten.

- Die Anmeldefristen und ähnliche Termine werden durch den NSR bestimmt, im Amtsblatt und von den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten veröffentlicht.

- Alle Straftaten, die gegen die konstituierende Versammlung begangen werden, werden bestraft, als ob sie gegen das Parlament der Republik Türkei begangen worden wären.

- Die Straftaten gegen die Mitglieder der konstituierenden Versammlung werden bestraft, als ob sie gegen die Abgeordneten des Parlaments begangen worden wären.

- Die Mitglieder des Beratungsrates dürfen bei den ersten Generalwahlen in keiner politischen Partei kan-

didieren.

Die Kandidatenzahl der Städte

Istanbul: 9, Ankara: 8, Izmir: 5, Konya: 4, Adana: 4, Bursa: 3, Samsun: 3, Zonguldak: 3. Die Städte, die in dem Beratungsrat mit 2 Mitgliedern vertreten sind: Afyon, Antalya, Aydin, Balikesir, Corum, Denizli, Diyarbakir, Erzurum, Gaziantep, Hatay, Icel, Kars, Kayseri, Kocaeli, Malatya, Manisa, K.Maras, Ordu, Sivas, Tokat, Trabzon, Urfa.

Weitere Städte werden im Beratungsrat je 1 Mitglied stellen."

BUNDESREPUBLIK

Tercüman, 4.7.1981

Die Ausländer müssen entweder in ihre Heimatländer zurückkehren oder deutsche Staatsbürger werden

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Richard Weizsäcker, erläuterte das Ausländerprogramm der neuen Regierung...

...Für die in Westberlin lebenden Ausländer gibt es zwei Wege. Der eine ist, daß sie in ihre Heimatländer zurückkehren werden. Deshalb werden wir als Regierung von Westberlin Maßnahmen treffen, um das in Gang zu bringen. Den Ausländern, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen, werden wir Geld zahlen. Der zweite Weg ist der, daß sie, wenn sie langfristig in Deutschland bleiben, westberliner und die deutsche Staatsbürgerschaft wählen werden.

Einen dritten Weg lassen wir nicht zu.

In Westberlin hat sich die Zahl der Ausländer auf 233.000 erhöht. Davon sind 115.000 Türken. Die Anzahl der Ausländer nimmt jedes Jahr zu. Wir müssen diesen Anstieg aufhalten. Von je zwei neugeborenen Kindern in Westberlin ist eines ein Ausländer. Von 210.000 Schülern sind mehr als 50.000 Ausländer.

Als Landesregierung sind wir gegen das Wahlrecht für Ausländer.

Die Ausländer, die an politischen Auseinandersetzungen teilnehmen oder Rauschgift schmuggeln, werden umgehend ausgewiesen.

Hürriyet, 1.7.81

Heiratsformalitäten von Asylanten werden nicht mehr bearbeitet

Sie sagten: "Wirtschaftliche Gründe." Sie flüchteten sich in Worte wie: "Mein Lieber, Sie wissen doch, Geld für das tägliche Brot." Unter ihnen befanden sich auch solche, die in der Türkei blutige Terroranschläge verübten und flüchteten. Diesen Asylanten, die in Deutschland Asylrecht beantragen, wurde ein weiterer Weg verschlossen. Die Bearbeitung der von ihnen betriebenen "falschen Heirat" wurde per Beschluß gestoppt.

Vor dem 12. September und besonders danach waren sie in einige anarchistische Vorfälle verwickelt und wollten sich, indem sie vor dem strafenden Arm des Gesetzes flüchteten, vor dem Gefängnis und noch härteren Strafen in Sicherheit bringen. Die gegen diese Leute, deren Leistung darin bestand, - nur um eine Arbeits-erlaubnis abzustauben, unsere Türkei schlecht zu machen, indem sie eine Reihe von Vorfällen aus dem Reich der Fabeln berichteten, die weder Hand noch Fuß ha-

ben, nur um der Mark willen die Heimat zu verkaufen, - ergriffenen Maßnahmen fanden bei den deutschen Behörden ein positives Echo...

Tercüman, 25.6.81

Das "Haus des Ideals" des türkischen Arbeitervereins für gegenseitige Hilfe in Ulm wurde eröffnet

Der Türkische Arbeiterverein für gegenseitige Hilfe in Ulm eröffnete sein "Haus des Ideals" mit einer Feier, an der ca. 700 Gäste teilnahmen. Hierfür wurden 6 Opfertiere geschlachtet. Bei der Eröffnung des 4-stöckigen und 423 qm großen "Haus des Ideals" wurde aus dem Koran gelesen und die Gäste beteten das Mittagsgebet zusammen. Die Gäste, die sich in dem Haus, das wie zu erfahren war, 2,5 Mio DM gekostet hat, mit dem Vorsitzenden der Förderung Serdar Celebi unterhielten und mit ihm aßen, nahmen später an den Feierlichkeiten im Ulmer Konferenzsaal teil...

Hürriyet, 2.7.81

Türken im Heilbronner Gefängnis protestieren

Im Heilbronner Männergefängnis protestierten 64 wegen verschiedener Delikte einsitzende Türken dagegen, daß die Gefängnisleitung den türkischen Sträflingen gegenüber eine abweichende Haltung einnimmt. Die 64 türkischen Sträflinge im Heilbronner Männergefängnis, das als "Deutschland-Sing Sing" überall bekannt ist, begannen ihren Protest mit einem Hungerstreik und beschlossen, ihre Zellen nicht zu verlassen... Der Stuttgarter Generalkonsul Yilmaz İkizer begab sich zum Gefängnis und traf mit den im Heilbronner Gefängnis wegen verschiedener Delikte einsitzenden Türken zusammen.

Die Türken, die in den Konferenzraum gekommen waren, brachten ihre Beschwerden zur Sprache: "Hier werden die Türken wie Menschen 5. Klasse behandelt. Während Griechen, Jugoslawen, Italiener und alle möglichen anderen Verurteilten während der Haftzeit einmal im Monat die Erlaubnis bekommen, nach draußen zu gehen, werden die Türken dieser Rechte völlig beraubt." ...

...Die Gefängnisleitung erläuterte zu diesem Thema die Lage und führte aus, daß die Gefängnisleitung die Ausländerpolizei um Erlaubnis bitten müsse, damit ein Häftling oder Verurteilter einmal im Monat Ausgang bekommen kann. Jedoch gebe die Polizei den Türken die Erlaubnis nicht, mit der Begründung, sie könnten fliehen...

Hürriyet, 27.6.81

Betroffene berichten über Ausländerfeindlichkeit Briefe aus Hirschberg an Hürriyet: "Das Märchen vom Selbstmord im Polizeirevier"

"Vor einiger Zeit wurde ein türkischer Jugendlicher in Wiesbaden ermordet. Darüber kann ich nichts sagen, er ist gestorben. Denn, wie wir von der Polizei erfahren, habe er im Polizeirevier Selbstmord begangen!

Dieser Fall war noch nicht geklärt, da ereignete sich in Weinheim ein zweiter Selbstmordfall. Die Polizei gab die gleich Erklärung ab "er beging Selbstmord". Der 43-jährige Mehmet Vural habe sich mit seinem eigenen Unterhemd erdrosselt... Nun, was war der Grund der Einsperrung von Mehmet Vural im Polizeirevier? Wie wir sahen und hörten, habe er laut geredet, als er die Bierkneipe verließ...

Wenn dies eine Straftat ist, warum nehmen sie die betroffenen, laut schreienden Deutschen nicht fest???

(...) Und wo sind die türkischen Zuständigen? Wir sind hier in Deutschland eine Gemeinschaft, die wie rechtlose Sklaven arbeitet. Und ist unser Mißerfolg nicht schon vorauszusehen, wenn wir nach unseren Rechten fragen würden?

Eines Tages, am Morgen, ging ich in Weinheim an dem Polizeirevier vorbei. Ich sah, daß ein Polizist mittels eines langen Kabels einem Mann Strom gab. Bei diesem unglaublichen Bild traute ich meinen Augen nicht und schaute noch einmal - mit meiner ganzen Aufmerksamkeit - hin.

Die deutschen Behörden sollten, bevor sie andere Staaten der Folter beschuldigen, die Folter zuerst bei sich untersuchen. Außerdem, ich bin jederzeit bereit, das, was ich gesehen habe, zu bezeugen." (1)

(1) Der Name des Verfassers des Briefs wird in der Meldung genannt. Interessierte können sich an Hürriyet wenden, Anm. d. Red.

MENSCHENRECHTE

b) TODESURTEILE

Cumhuriyet 06.07.81

DIE MEISTEN TODESURTEILE IN ANKARA
(sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid.)

Seit dem 12. September 1980 wurden allein in Ankara 10 Todesurteile verhängt. Drei davon sind schon vollzogen. Zwei weitere konnten nicht vollstreckt werden, da die Verurteilten sich auf der Flucht befinden. Im Falle des rechtsgerichteten Ibrahim Ciftci, der den RA Dogan Öz umgebracht hat, wurde das Todesurteil nun schon zum zweiten Male durch das militärische Revisionsgericht abgelehnt. Das Gleiche passierte mit den Todesurteilen gegen die Beschuldigten im Prozeß um den sogenannten "Sackmord" Fikri Rikan, Eyüp Özmen und Kemal Özdemir müssen nun ein drittes Mal vor das Gericht, das sie bisher zweimal zum Tode verurteilt hatte. Das Urteil gegen Ali Bülent Orkan, der als Einziger im Prozeß wegen des Piyangotepe-Überfalls mit dem Tode bestraft wurde, wird am 25. Juni 81 (Druckfehler? d.R.) vor dem militärischen Revisionsgericht verhandelt.

Neben den 6 abgeschlossenen Verfahren stehen vor dem Militärgericht in Ankara noch 25 weitere Verfahren an, von denen sich 18 Verfahren gegen Linke, 5 gegen Rechte und 2 gegen ideologisch nicht festzulegende Täter richten.

d) PROZESSE

Cumhuriyet 02.07.81

FÜR DEN MHP-PROZESS WURDE EIN EXTRA-SAAL ERRICHTET
(sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid.)

Der Bau eines insgesamt 1.272 Personen fassenden Saales wurde jetzt in Ankara abgeschlossen. In diesem Saal wird für 672 Angeklagte, 200 Anwälte, 300 Zuhörer und 100 Journalisten Platz sein. Der Prozeß gegen die MHP, in dem 587 Personen angeklagt sind, soll am 19. August beginnen.

Tercüman 03.07.81

EX-BÜRGERMEISTER 9-FACH ANGEKLAGT
(sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid.)

Der ehemalige Bürgermeister von Adana, Selahattin Colak, ist zusammen mit 33 Bediensteten der Stadt-

verwaltung verschiedener Straftaten angeklagt. Ihm wird u.a. vorgeworfen, gegen verschiedene Kriegsrechtsbestimmungen verstoßen, das Beamtenrecht verletzt, separatistische Propaganda betrieben, verbotene Literatur besessen, gefälschte Papiere besessen und Schuldigen geholfen zu haben.

Cumhuriyet 06.07.81

ALLE ZEUGEN IM TÖB-DER PROZESS GEFOLTERT (Sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid.)

Im Prozeß gegen 58

Im Prozeß gegen 58 Angehörige der Lehrervereinigung TÖB-DER sagten, alle Zeugen, die in anderen Prozessen angeklagt sind, übereinstimmend aus, daß ihre Aussagen bei der Voruntersuchung durch Folter erpreßt worden seien.

Zeuge Nihat Yurtkuhan: "Ich kenne den Beschuldigten mit Namen Süleyman überhaupt nicht. Das höre ich zum erstenmal. Bei der Polizei wurde auf mich Druck ausgeübt und ich wurde gefoltert, damit ich eine solche Aussage mache."

Zeuge Mustafa Aydin: "Ich kenne Süleyman Yasar als Freund seit 1973 aus Agri. Als ich zur Polizei gebracht wurde, habe ich schwere Folterungen erlebt, damit ich eine solche Aussage mache. Um der Folter zu entgehen, mußte ich eine solche Aussage machen."

Ihm wurde seine Aussage von der Sicherheitsbehörde vorgelesen. Darauf M. Aydin: "Sie ist nicht wahr. Sie wurde durch Folter aufgenommen."

Zeuge Celal Deniz: "Ich kenne weder Süleyman Yasar noch die anderen Angeklagten. Ich bin nur 27 Tage auf der Polizei festgehalten und gefoltert worden. In dieser Zeit hat man mich viele Blätter unterschreiben lassen."

Zeuge Yalcin Türkmen: "Ich kenne Süleyman Yasar und die anderen Angeklagten nicht. Ich höre hier zum erstenmal, daß ich so etwas über den Angeklagten gesagt haben soll. Ich habe mit Bestimmtheit keine solche Aktivität des Angeklagten erlebt. Auf der Polizeiwache bin ich gefoltert worden. Man hat mich mit verbundenen Augen einige Papiere unterschreiben lassen."

Zeuge Yavuz Kocoglu: "Ich kenn weder Süleyman Yasar noch die anderen Angeklagten. Deswegen weiß ich auch nichts von einer illegalen Aktivität. Ich bin in der Zeit, in der ich bei der Polizei war, gefoltert worden. Dort hat man mich eine Reihe Papiere unterschreiben lassen. Wahrscheinlich liegt ihnen ein solches Papier vor."

Zeuge Mehmet Ali Yilman: "Ich kenne keinen der Angeklagten. Ali Riza Aydin habe ich bei der Polizei kennengelernt. Während unserer Folterungen hat man mich mit ihm bekannt gemacht." Die Aussage bei der Polizei wurde vorgelesen. Der Zeuge M.A. Yilman: "Die ist nicht wahr. Sie wurde als Ergebnis von Folterungen aufgenommen."

Aufgrund der letzten Aussage wurde festgestellt, daß von dem Angeklagten Ali Riza Aydin keine polizeiliche Aussage in den Akten ist. Der Beschuldigte wurde daraufhin gefragt, ob er den Zeugen bei der Polizei kennengelernt habe. Er sagte, daß sie sich bei der Polizei begegnet seien und dort auch eine Aussage von ihm aufgenommen wurde.

Zeuge Burhanettin Biber: "Ich habe keine Aktivitäten der Beschuldigten beobachtet, daß sie die Ansichten von

illegalen Organisationen innerhalb von TÖB-DER durchsetzen wollten. Eine solche Aussage von mir ist mir nicht in Erinnerung. Ich bin allerdings 72 Tage in vorläufiger Haft festgehalten worden. In diesem Zusammenhang wurde auch Gewalt angewandt und ich mußte einige Papiere unterschreiben."

Zeuge Ahmet Telii: "Ich habe von keinem Angeklagten hier Anstrengungen gesehen oder gehört, daß sie die Ansichten von illegalen Organisationen im TÖB-DER verbreiten wollten und daran gearbeitet haben. Für die Dauer meines Verbleibs in Polizeigewahrsam bin ich gefoltert worden."

Cumhuriyet 04.07.81

ENTLASSUNGSGESUCHE IM KÖY-KOOP VERFAHREN ABGELEHNT

(Sinngemäß von uns zusammengefaßt. tid.)

Im Verfahren gegen den ehemaligen Vorsitzenden von Köy-Koop und Abgeordneten der CHP, Nedim Tarhan, sowie 6 weitere Vorstandsmitglieder wurden die Entlassungsgesuche der Anwälte abgelehnt. Der verteidigende RA Halit Celenk führte in der Begründung aus:

"Die Hauptbeschuldigung geht in die Richtung, daß die Angeklagten der TKP angehören. Dies sagen einige Zeugen in den Aussagen der Voruntersuchung. Bevor diese Weltanschauung nicht näher ausgeführt ist, läßt sich diese Beschuldigung nicht beantworten. Außerdem müßte eine Vereinigung im Sinne der § 141, 142 stattgefunden haben. Auch in diese Richtung wurde kein Nachweis geführt. Es gibt kein konkretes Indiz. Das sagen auch die Agenten. Deswegen ist es eine abstrakte Beschuldigung."

Von den Zeugen waren etliche nicht erschienen. Dazu gehörten die Kolumnisten der rechtsgerichteten Tageszeitung 'Tercüman', Nazli Ilicak, und der als Beschuldigte im TIKP - Prozeß gesuchte Dogan Yurdakul, auf dessen Aussage im Vorverfahren man sich nun stützen will. Zu den vorgebrachten Beschuldigungen äußerte sich der Verteidiger, RA Kemal Yücel:

"Nach dem 15.09.80 wurden eine Reihe von Durchsuchungen in den Räumen der Köy-Koop durchgeführt. Jeder Winkel wurde säuberlich durchkämmt. Selbst die in den Mülleimern befindlichen Blätter wurden zu Protokoll genommen. Deswegen kann es gar nicht sein, daß zu dem vom Staatsanwalt Sevki Akinci angegebenen Datum noch Belastungsmaterial in den Räumen gefunden wurde. Dieses müßte der Staatsanwalt selber hineingelegt haben. Außerdem gibt es für die Zeitungen 'Günesli Dünya' und 'Savas Yolu' keinen Befehl zum Einstampfen."

Das Gericht schloß sich den Beweisanträgen des Staatsanwalts an.



| | |
|--------------------|---------------------|
| impresum | über abonement |
| Türkei Infodienst | beziehbar! |
| V.i.S.d.P. S.Akhan | Hamburger Sparkasse |
| Rostockerstr 4 | Konto: L.Ulusal |
| 2000Hamburg 1 | Nr. : 1152/760169 |
| | Blz. : 200 505 50 |
